



Kolonialismus



6 Braucht die Kirche eine „dekoloniale“ Säuberung?

8 Regelbasierter „Kolonialismus“

15 „Tropisches Deutschland“

27 Referat 102 informiert

Für diplomatische Persönlichkeiten

Verhandlungsgeschick ist in Ihrem Beruf ein hohes Gut. In puncto Mobilität brauchen Sie dagegen keine Kompromisse einzugehen: Der neue T-Roc zeigt sich souverän und gleichzeitig in geschärftem Design. Er überzeugt mit intuitiver Bedienung und aufgewerteten Technik-Highlights. Kurzum: Der neue T-Roc ist selbstbewusst – und unterstreicht damit auch Ihre Persönlichkeit. Überzeugen Sie sich am besten selbst davon, wir sind gern für Sie da unter diplomatic.sales@volkswagen.de



Volkswagen Diplomatic Sales



Das abgebildete Fahrzeug zeigt Sonderausstattung. Das Angebot richtet sich an Diplomattinnen und Diplomaten im europäischen Wirtschaftsraum.

volkswagen.de

INHALT

THEMA Kolonialismus

- 4 Die letzte Bastion
- 6 Braucht die Kirche eine „dekoloniale“ Säuberung?
- 7 Zwei Inseln und ein Zipfel
- 8 Regelbasierter „Kolonialismus“
- 10 Postkolonial – was bedeutet das?
- 12 Belgien stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit
- 15 „Tropisches Deutschland“
- 16 Der letzte Kolonialkrieg?
- 18 Ehemalige deutsche Kolonien
- 20 Auf nach Deutschland am Äquator

Strategische Kommunikation

- 21 deutschland.de

Gesundheit!

- 22 Aus den Augen – aus dem Sinn?

Aus dem Hause

- 24 Unsere Außenpolitik soll feministisch werden!
- 25 Raus aus der „Rosa-Hellblau-Falle“

Leserzuschriften

- 27 Referat 102 informiert / Sonstiges / Themenvorschau / Impressum

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,



als ich zum ersten Mal vom „Caprivizipfel“ hörte, war ich ein an Geschichte interessierter Schüler. Mein Lehrer war ein Kolonialnostalgiker, der als Österreicher vielleicht anders auf die Kolonialgeschichte Afrikas blickte. Damals hielt ich das Wort für einen Witz. Heute weiß ich es besser – dachte ich zumindest. Der eigenartige, 500 Kilometer lange Landstrich im Nordosten von Namibia verdankt die Form und die Bezeichnung der deutschen Kolonialvergangenheit. Reichskanzler Caprivi handelte in einem Vertrag mit Großbritannien den Zugang der deutschen Kolonie in Südwestafrika bis zum Sambesifluss aus. Damit sind wir schon mitten im Thema dieser Ausgabe von **internAA**. Namibia bemüht sich seit einiger Zeit darum, seine Landkarte von diesem kolonialen Erbe zu befreien. Dort heißt der Gebietsstreifen nun offiziell „Zambezi Strip“. Aber wird man das sprachliche Erbe des europäischen Imperialismus in Afrika mit einem Verwaltungsakt los? Auch im Englischen ist seit jeher vom „Caprivistrip“ die Rede. In Berlin gibt es ein ganzes Wohnviertel, dessen Straßennamen auf die deutsche Kolonialzeit verweisen. Was ist besser: die Geschichte wahrnehmbar zu halten, die Namen lassen, sie aber kritisch erläutern? Oder sie aus dem Stadtbild zu löschen, aber Gefahr zu laufen, dass auch die damit verbundene Geschichte vergessen wird. Wie löst man das Dilemma? Wie wird man eigentlich postkolonial? Und was ist das eigentlich? Ich habe versucht, diese Fragen in einem Interview mit einer Wissenschaftlerin zu ergründen. Andere Kolleginnen und Kollegen gehen die Frage, wie wir heute mit dem historischen Erbe des Kolonialismus umgehen, von ganz verschiedenen Seiten an. Das Thema wird dem Auswärtigen Dienst erhalten bleiben: Die aktuelle Konkurrenz mit Russland und China auf dem afrikanischen Kontinent macht das überdeutlich. Verhandlungen wie über die Beziehungen mit Namibia oder über die Benin-Bronzen mit Nigeria wird es zukünftig immer wieder geben. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes arbeitet eine internationale Autorengruppe an einer wissenschaftlichen Darstellung der Kolonialvergangenheit dieses Ministeriums. Wie uns alle, so wird das Thema auch **internAA** wohl weiter beschäftigen.

► MARTIN KRÖGER, Referat 117, Zentrale Berlin

Die letzte Bastion

Wie koloniale Kontinuitäten im Kopf unsere außenpolitische Kultur prägen

Kolonialismus ist keine Sache der Vergangenheit. Er lebt weiter in unserer Sprache, in unserer Arbeitsstruktur, und prägt unser Denken. Man könnte sogar sagen, die Kolonialgeschichte und der ihrer Ideologie zugrundeliegende Rassismus schränken uns in unserer gedanklichen Freiheit ein: In Wort, Schrift und Gedanken können wir dem sogenannten „Anderen“ nicht neutral entgegenreten.

Bis vor einigen Jahren, bevor es Diplomats of Color gab, wurden afrikanische Sprachen in Lebensbedingungsberichten häufig als Dialekte bezeichnet. Vermittelt Ihnen Ihr Sprachgefühl,

dass das eine verbale Entwertung darstellt? Das Kulturbildende, Identitätsstiftende der Sprache schmilzt dahin, es bleibt der der Sprache untergeordnete Dialekt, oft als unverständlich oder Kommunikationsmittel der Ungebildeten konnotiert. Undifferenzierte Sammelbezeichnungen wie Häuptling reichten aus, um Ortsälteste, gewählte Bürgermeister und Könige in eine von außen einheitlich wirkende Kategorie zuzuordnen. Noch heute bleibt in manchem Text der Begriff „Volk“ ausschließlich europäischen Ethnien vorbehalten; Menschen auf anderen Kontinenten gruppieren sich vermeintlich in Stämme. Ein Anspruch auf

Nationalstaatlichkeit kann daraus gedanklich kaum erwachsen – so erfüllt die koloniale Schere im Kopf ihren Zweck und erhält sich selbst, indem sie sich im Unterbewusstsein versteckt.

Die koloniale Schere wirkt sich meistens auf Europas Nachbarn im Süden aus. Afrika unterliegt einer über Jahrhunderte eingeübten vereinfachenden Fremdwahrnehmung, die entlang zumeist fremdbestimmter Staatsgrenzen, kolonialeuropäischer Amtssprachen oder auch kolonialer Ortsbezeichnungen kategorisiert. Dadurch wird das Komplex des „Anderen“ anscheinend leichter begreiflich. Unsere Aneignung der Deutungshoheit erlaubt es, das, was wir sehen, an europäischem Maßstab und unserer Gedankenkultur auszurichten. Vielschichtigkeit und Dynamik können wir als Externe dadurch übersehen. Wenn wir auf Unerklärliches stoßen, führen wir es auf „dortige“ kulturelle Besonderheiten oder auch Mängel zurück. Dafür hat Europa in den 1860er Jahren das Wort Exotik geschaffen.

Der Blick Europas und anderer, von europäischer Perspektive beeinflusster Weltregionen auf Afrika bleibt also unweigerlich von kolonialen Denkmustern beeinflusst. Auch die Sicht auf die eigene Rolle in Afrika wird postkolonial überlagert. So haben einige Gründe Bekanntheit erlangt, warum wir uns angeblich weniger mit Kolonialgeschichte



auseinandersetzen müssen als andere Staaten (siehe Seite 19). Die Wahrnehmung von Nähe und Zugehörigkeit ist auch entscheidend bei der Region Westasien, die als letzte in der deutschen Außenpolitik konsequent und unhinterfragt unter ihrer Kolonialbezeichnung firmiert. Wir verwenden heute weder Fernost, Hinterindien, noch Indochina oder (das unverhohlenen rassistische) Schwarzafrika als Ortsbezeichnungen. Doch an die Begriffe Naher Osten und Mittlerer Osten sind wir gewöhnt, daran halten wir fest. In den Vereinten Nationen scheint dagegen die Verwendung des neutralen geographischen, nicht eurozentrischen Begriffs Westasien den Trend vorzugeben.

Bei kurzem Nachdenken wird deutlich, dass Nah- und Mittelost recht offensichtliche Überbleibsel des Orientalismus sind und schon semantisch eine gewisse Hinterhof-Mentalität ausdrücken. Sind wir deshalb verpflichtet, diese Begriffe aufzugeben? Sind wir das den Staaten der Region schuldig? Nein und nein. Ob wir die Region klar abgrenzbar und objektiv als Westasien bezeichnen möchten, ist eine freie politische Entscheidung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Entscheidung für die Begriffe Nah- und Mittelost allerdings keineswegs freiwillig getroffen wurde: Unsere Denkweise, Sprache und Strukturen sind auch in diesem Bereich kolonialistisch vorgeprägt.

Wenn sich Partnerländer an kolonialem Sprachgebrauch stören, ist es ein Gebot des Respekts, dies zu berücksichtigen. Ein Beispiel ist die Umbenennung von Mumbai, weil Indien den Namen Bombay aus dem Portugiesischen herleitete. Anders verhält



es sich mit Peking; das ist keine Kolonialbezeichnung, sondern die Aussprache auf Kantonesisch – welches aus chinesischer Sicht wiederum ein Dialekt und keine eigene Sprache ist.

Die ein oder andere Person mag diesen Beitrag lesen und sich wundern, ärgern oder belustigen. Ist das eine Randdebatte über sprachliche Spitzfindigkeiten? Möglich. In jedem Fall bietet die Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen tradierten Strukturen (152 Jahre Auswärtiges Amt ...) und unkritisch ererbtem Sprachgebrauch einen Anlass, unfreie Denkmuster zu erkennen und zu hinterfragen. Selbstreflexion führt zu Offenheit und besseren Arbeitsergebnissen: Warum empfinde ich solche Debatten als überempfindlich? Warum lehne ich eine Veränderung des Sprachgebrauchs ab? Wenn Sie bis hierher gelesen haben, können Sie sich diese Fragen hoffentlich leichter beantworten.

► ARON MIR HASCHEMI, Arbeitsstab Organisationsentwicklung, Zentrale Berlin

Anzeige



WELTWEITE VERSICHERUNGEN

Alle Lösungen aus einer Hand –
persönlich und digital.

- Rahmenverträge im Bereich Hausrat, Haftpflicht, Dienst-Haftpflicht, Rechtsschutz, Unfall, Auto
- Versicherung Ihrer Umzüge gemäß RLTV
- Weltweite Kranken- und Dienstunfähigkeitsversicherungen für Beamte und MAP
- Baufinanzierungen

Jetzt
EPZ
beantragen

Allianz Agentur von Foerster | Vertretung am Auswärtigen Amt

Auslandsversicherungen

Hausvogteiplatz 11, 10117 Berlin-Mitte (Kurierpost: Fach 29)

Tel.: (+49 30) 202 849 0 | foerster.berlin@allianz.de | www.allianz-weltweit.de

Für unsere Kunden in Bonn: Tel.: (+49 30) 202 849 18 | foerster.bonn@allianz.de

Allianz

Braucht die Kirche eine „dekoloniale“ Säuberung?

Im Zuge der aktuellen geschichtspolitischen Debatte um den Kolonialismus werden auch kritische Fragen an die Katholische Kirche gestellt: Trifft die Kirche Schuld an Kolonialismus und Sklaverei? Hat sie Rassismus und Sklavenhaltung geduldet, womöglich gar gefördert? Jene Sympathisanten der „BLM“-Bewegung, die in den USA Statuen von Missionaren umstürzten und Anschläge auf



Pater Michel Biewer, Missionar der „Weißen Väter“ in Uganda nach 1917
Foto: Archiv der „Weißen Väter“, Köln

Kirchen verübten, würden das sicher ohne Weiteres bejahen. Auch populärwissenschaftliche Film- und Buchautoren, die sich gern mit reißerischen Thesen über die Geschichte Lateinamerikas und der Sklaverei verbreiten, stellen es so dar, damit alte anti-kirchliche Klischees ungeprüft übernehmend. Wahr ist daran allerdings nichts.

Schon die ersten Christen unterminierten mit ihrer Haltung, dass alle Menschen, ob Freie oder Sklaven, ob Juden oder Heiden gleichermaßen geliebte Kinder Gottes seien, die Grundlagen der Sklaventhaltergesellschaft. Und das war nicht nur in der Antike eine höchst „subversive“ Haltung, denn in einer Sache stimmten letztlich fast alle Kulturen der Welt überein, von Nordeuropa bis zum indischen Subkontinent, von der islamischen Welt bis zum präkolumbischen Amerika und von China bis ins Subsahara-Afrika (auch das vor-koloniale): dass Sklavenhaltung selbstverständlich sei. Einzige relevante Ausnahme: das Christentum.

Besonders markant und schlüssig ist die theologisch fundierte Verurteilung der Sklaverei bei dem großen Kir-

chenlehrer Thomas von Aquin – und das, obwohl es im hochmittelalterlichen Europa gar keinen Sklavenhandel mehr gab. Seine Schriften waren in dieser Hinsicht wahrhaft prophetisch, so als habe er kommen sehen, welches barbarische Ausmaß die Wiederkehr der Sklaverei annehmen würde. Und sobald sich dieser grauenhafte Menschenhandel wieder zeigte, wurde er von der Kirche verurteilt und unter Androhung der Exkommunikation von den Päpsten bekämpft. Schon 1435 setzte Papst Eugen IV. ein Zeichen mit seiner Enzyklika „Sicut dudum“, in der er die Versklavung der „schwarzen Ureinwohner“ der Kanaren anprangerte. Ihm folgten in langer Reihe seine Nachfolger, von Pius II. im 15. bis zu Leo XIII. im 19. Jahrhundert. Verboten war nicht nur, wie oft fälschlich behauptet wird, die Versklavung von christlichen Bevölkerungen, sondern jegliche Versklavung, schon im 15. Jahrhundert ausdrücklich auch die noch unbekannter heidnischer Völker. Angesichts dieser Fakten ist es unbegreiflich, wie manche populärwissenschaftlichen Autoren weiter behaupten können, die Katholische Kirche habe die Sklaverei erst im 19. Jahrhundert verurteilt – ein klarer Fall von „Fake News“ oder „Fake Science“.

Nun mag man fragen: Wie kommt es dann, dass auch unter angeblich „katholischen“ Herrschern in Lateinamerika der Sklavenhandel ebenso blühte wie in Nordamerika, im Nahen Osten und Nordafrika? Die Antwort liegt auf der Hand: Weder diese Herrscher noch viele ihrer Untertanen (einschließlich einiger ungetreuer Geistlicher) scherten sich um die Verbote der Kirche. Der Papst war fern, und man tat das, was alle taten. Das ist eine unserer Zeit nicht unbekannt Haltung – wenn man zum Beispiel bedenkt, welche tatsächliche Beachtung heutzutage die kirchliche Verurteilung der Abtreibung findet.

Ein objektiver, faktenorientierter Rückblick in die Geschichte zeigt, dass es gerade die Katholische Kirche war, die von Anfang an gegen die Sklaverei angekämpft hat – mit den Worten des Evangeliums gegenüber den Katholiken und mit naturrechtlichen Argumenten für alle Anderen. Die Aufklärer des 18. Jahrhunderts und ihre Nachfolger fallen demgegenüber eher unangenehm auf. Was zum Beispiel Montesquieu oder Voltaire über „die Schwarzen“ zu sagen hatten, klingt in unseren Ohren erschreckend und abstoßend. Soviel nur am Rande zu dem Klischee, das Menschenrecht sei generell von den Aufklärern gegen die Kirche erkämpft worden.

► MARTIN EBERTS, Generalkonsulat Osaka-Kobe



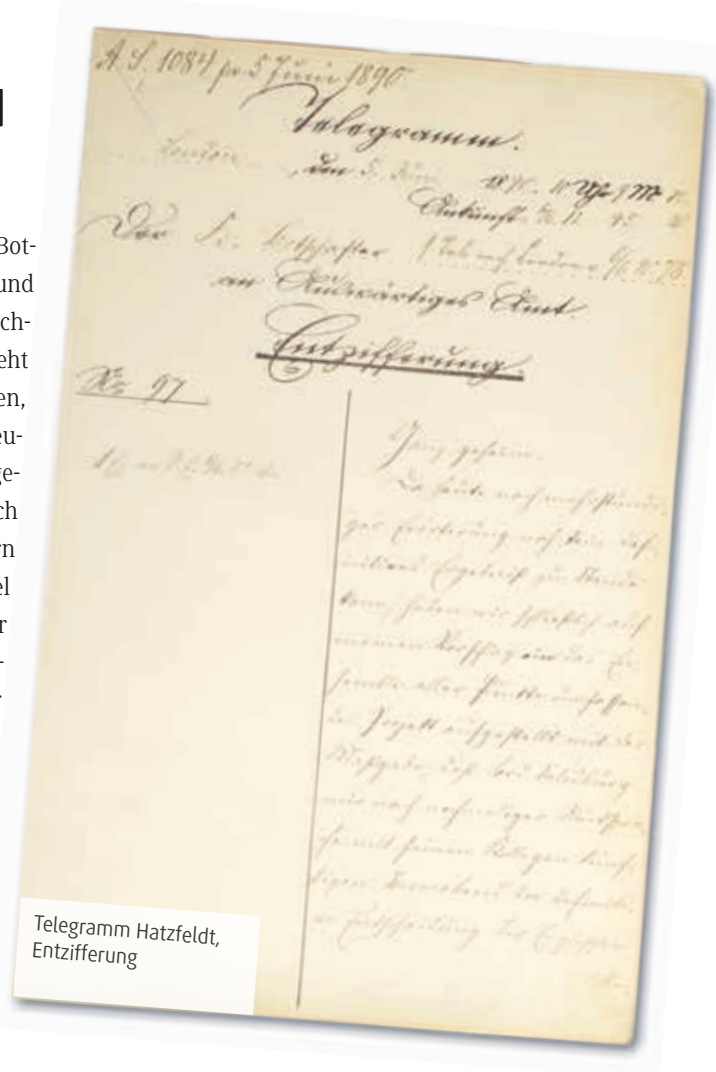
Caprivizipfel aus einer zeitgenössischen Karte
Fotos: Politisches Archiv

Zwei Inseln und ein Zipfel

Schwierige kolonialpolitische Verhandlungen zwischen Deutschland und England

Dass für den deutsch-britischen Vertrag von 1890, den der deutsche Botschafter in London, Paul Graf von Hatzfeldt-Wildenburg, aushandelte und mit dem Großbritannien seine Kronkolonie Insel Helgoland an Deutschland abtrat, die Bezeichnung „Helgoland-Sansibar-Vertrag“ üblich ist, geht auf Otto von Bismarck zurück. Er wollte damit den Eindruck erwecken, dass sein Nachfolger im Amt des Reichskanzlers, Leo von Caprivi, bedeutenden kolonialen Besitz gegen eine winzige Insel in der Nordsee eingetauscht habe. In Wahrheit gab Deutschland für das als marinestrategisch bedeutend angesehene Helgoland in Sansibar keinen Besitz auf, sondern anerkannte nur den britischen Wunsch, das Protektorat über die Insel zu übernehmen. Außerdem entledigte sich Deutschland zugleich einer wirtschaftlich gescheiterten kleinen Besitzung an der Küste des heutigen Kenia. Tatsächlich sicherte der Vertrag vor allem die Grenzen der deutschen kolonialen Ansprüche auf dem Festland des heutigen Tansania und die damals noch unbestimmten Grenzen der deutschen „Schutzgebiete“ in Togo und Südwest-Afrika. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen Hatzfeldts ist die bis heute bestehende, 500 Kilometer lange und stellenweise nur 40 Kilometer breite Landverbindung Namibias mit dem Sambesi, der sogenannte „Caprivizipfel“.

► GERHARD KEIPER, Referat 117, Zentrale Berlin



Regelbasierter „Kolonialismus“

Was geschah eigentlich bei der Afrika-Konferenz in Berlin?

Noch um 1875 war Afrika von Afrikanern beherrscht, die aber hatten das Pech, dass ihr Kontinent von den Europäern als Niemandsland betrachtet wurde. Kaum war er auch nur teilweise erforscht, hatten bis 1902 fünf europäische Mächte nahezu den ganzen Erdteil unter sich aufgeteilt: 26 Millionen Quadratkilometer, 110 Millionen neue Untertanen in 30 Kolonien und Protektoraten. Reichskanzler Otto von Bismarck beklagte den „kolonialen Strudel“, der französische Staatsmann Jules Ferry das „Jagden ins Unbekannte“. Aber alle machten mit, selbst Leopold II., der König der Belgier, verbarg sein Prestigebedürfnis und wirtschaftliches Interesse am Kongobecken geschickt hinter der

In zwei sorgfältig formulierten Artikeln versuchten die Konferenzteilnehmer, den Wettlauf um Afrika für die Zukunft zu regeln. Die beteiligten Mächte nahmen sich das Recht, afrikanisches Küstengebiet in Besitz zu nehmen. Protektorate sollten bei den Signatarstaaten angemeldet werden, um diesen die Gelegenheit zu geben, eigene Forderungen zu stellen. Als Kennzeichen gerechtfertigter kolonialer Ansprüche legte die Konferenz den Grundsatz effektiver Herrschaft fest. Erst der Nachweis, Recht, Handels- und Durchreisefreiheit nach allgemein anerkannten Maßstäben auch tatsächlich sichern zu können, sollte fortan den Kolonialbesitz gegenüber konkurrierenden Mächten legitimieren.

Damit war die grundsätzliche Zulässigkeit kolonialer Ansprüche eines jeden Staates festgeschrieben. Gleichzeitig waren Eigentumsrechte an die ausgeübte Autorität gebunden, symbolische Akte, etwa das Flaggenhissen an zwei entfernten Küstenpunkten genügte nicht mehr, vielmehr musste eine substantielle herrschaftssichernde Infrastruktur hinzutreten. Hieraus ergab sich nun zwingend die Notwendigkeit, koloniale Grenzen auf diplomatischem Weg gemeinsam mit den Konkurrenten auszuhandeln.

Es ging während der Konferenz also nicht eigentlich um die territoriale Ausdehnung europäischer Staaten, sondern um den Versuch, den bereits erwarteten Folgen des Wettlaufs um Kolonien Regeln zu geben. Tatsächlich blieben die kolonialen Grenzen Sache bilateraler Übereinkünfte der betroffenen Mächte. Solche Absprachen setzten verstärkt erst nach der Berliner Konferenz ein. Und zwar nicht als Folge die-

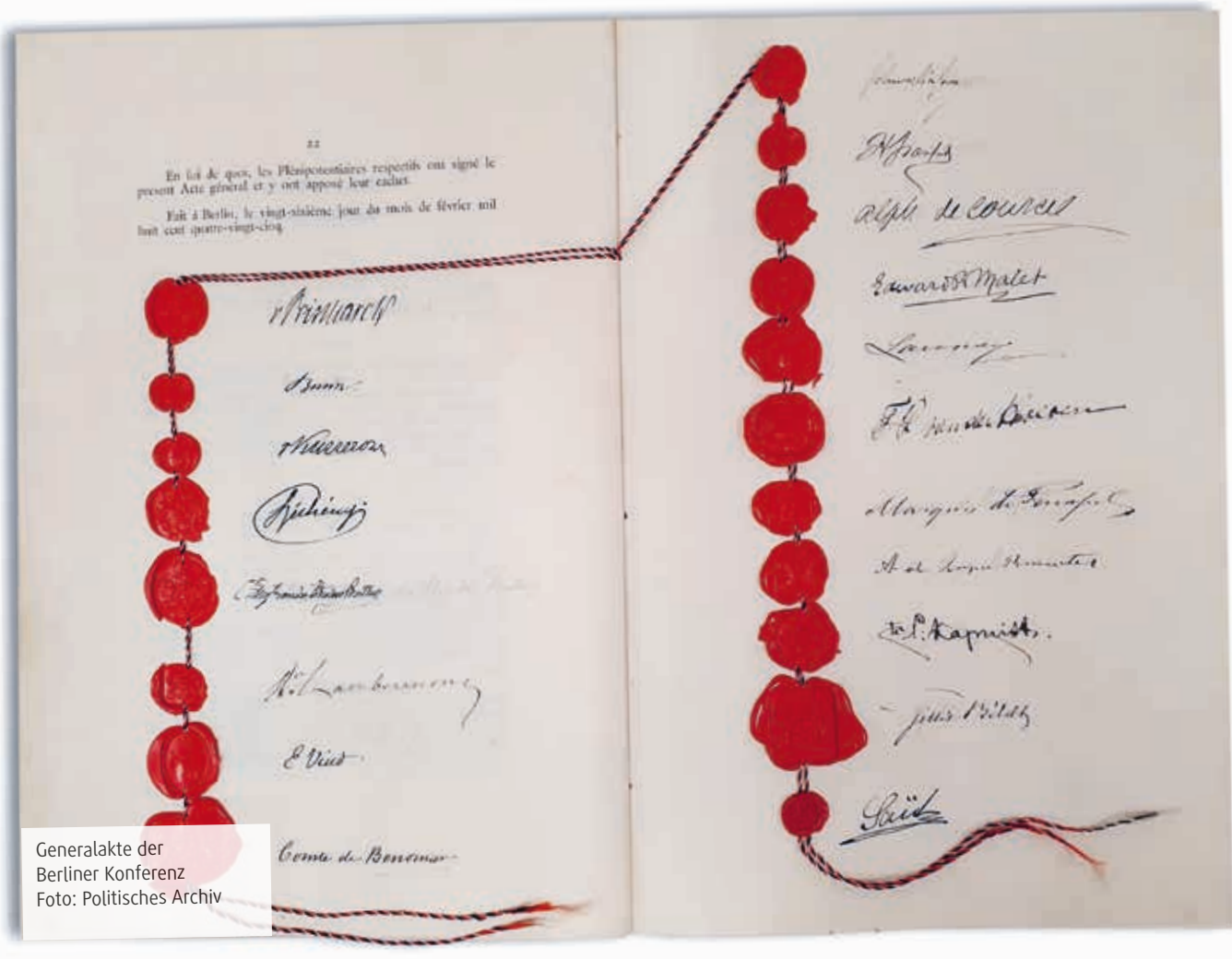
ser Konferenz, sondern als Form des Konfliktverhaltens der europäischen Großmächte.

Eine der wichtigen Voraussetzungen, dass es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang, internationale Krisen zu de-eskalieren, war die Möglichkeit, Differenzen in einem Bereich an ganz anderer Stelle auszugleichen, zu kompensieren. Als ungeschriebene Regel galt es im Mächtesystem als selbstverständlich, dass territoriale oder ökonomische Zugewinne einer Großmacht den anderen ebenfalls zustanden. Dies Kompensationsprinzip funktionierte, weil es im kolonialen Raum, der als nicht gleichberechtigt, als ungleichwertig angesehen wurde, hierfür scheinbar unbegrenzte territoriale Manövriermasse gab. So bekamen die kolonialen Grenzen ihre Gestalt im Zuge diplomatischen Gebens und Nehmens auf europäischer Ebene. Die Regierungen überließen die Detailarbeit zumeist sogenannten Joint Commissions aus mittleren Beamten der jeweiligen Kolonial- und Außenministerien. Die dabei Handelnden hatten von den ethnischen



Afrika-Konferenz in Berlin, Zeitgenössischer Stich von Adalbert von Rößler
Allgemeine Illustrierte Zeitung

Fassade einer internationalen Gesellschaft. Trotzdem weckte er Rivalitäten: Frankreich, Großbritannien und Portugal meldeten ebenfalls Interesse am Kongo an, auch Deutschland nahm nun Gebiete in Afrika in Besitz. Eine Konferenz in Berlin sollte den Konflikt lösen und dem europäischen Wettlauf um Kolonien Regeln geben. Eingeladen waren Belgien, Dänemark, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden, Spanien, die Türkei und die Vereinigten Staaten. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einer Generalakte zusammengefasst, die am 26. Februar 1885 unterzeichnet wurde. Die Akte beschrieb das Seegebiet vor der Kongomündung, das Kongobecken und das östlich davon gelegene Gebiet, für welches fortan Handelsfreiheit galt. Sie untersagte den Sklavenhandel im Kongobecken, verpflichtete die Vertragsparteien zur Achtung der Neutralität des Kongobeckens und enthielt auf dem Grundsatz der Schifffahrtsfreiheit beruhende Bestimmungen für den Kongo und den Niger.



Generalakte der Berliner Konferenz
Foto: Politisches Archiv

oder topographischen Gegebenheiten vor Ort fast nie größere Kenntnis. Woran also orientierten sie sich bei der Grenzziehung? Theoretisch gab es vier Kriterien, Grenzen festzusetzen:

- Der Konsens indigener Autoritäten. Als der amerikanische Vertreter John Adam Kasson während der Berliner Konferenz ein Verfahren forderte, das die willentliche Zustimmung der Einheimischen voraussetzte, wischte der deutsche Konferenzsekretär August Busch dies als nicht zur Tagesordnung gehörig vom Tisch. Denn natürlich war den Beteiligten klar, dass die afrikanischen Vertragspartner in aller Regel keine blasse Vorstellung von den Folgen ihrer Unterschrift hatten. Mehr als eine nur scheinbare Rechtsverbindlichkeit ließ sich also durch solche Verträge mit einheimischen Herrschern für die europäische Ebene nicht erreichen.
- Die Übernahme vorhandener Grenzen. Festumrissene Grenzen, die den europäischen Vorstellungen entsprochen hätten, gab es jedoch in Afrika nicht.
- Topographische Grenzen. Auf einem noch weitgehend unerforschten Kontinent waren Grenzen kaum an markanten Punkten, etwa Wasserscheiden oder Flüssen festzumachen. So sollte nach einer deutsch-britischen Absprache aus dem Jahre 1885 ein Fluss die Grenze zwischen Nigeria und Kamerun sein. Tatsächlich wurde die Grenze noch vier weitere Male neu verhandelt, bloß um am Ende doch auszusehen, als sei sie mit dem Lineal gezogen worden.
- Künstliche Bezugssysteme: Als das eindeutigste Mittel, Grenzen aufzustellen, blieb die geometrische Konstruktion der Längen- und Breitengrade. Zumindest durfte man sich von ihnen einen großen Grad von Objektivität versprechen. Und um europäische Konflikte auszuräumen, waren künstliche Linien allemal besser als gar keine Linien.

Nur die Afrikanerinnen und Afrikaner, die wurden nicht gefragt.

► MARTIN KRÖGER, REFERAT 117, ZENTRALE BERLIN

Anzeige

Die Baufinanzierung¹ der BBBank.

Mit Extra-Zinsrabatt für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

bonitätsabhängig

Jetzt auch online abschließen!
www.bbbank.de/baufinanzierung

Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon und WhatsApp unter 0721 141-0 oder auf www.bbbank.de/baufinanzierung

www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



Postkolonial – was bedeutet das?

Interview mit Dr. phil. Saphira Shure, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld in der Arbeitsgruppe „Migrationspädagogik und Rassismuskritik“. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Rassismus- und Differenztheorie, Bildung in der Migrationsgesellschaft, Professionalisierung von Lehrern und Lehrerinnen sowie Macht- und Diskurstheorie.

intern44 In der Vorbereitung auf unser Thema las ich den Satz: „Deutschland ist seit 1919 postkolonial.“ Warum müssen wir uns eigentlich mit Kolonialismus beschäftigen?



Dr. Saphira Shure Das lässt sich sehr gut verdeutlichen, wenn wir den Satz kritisch betrachten und uns dem Begriff „postkolonial“ annähern. Der Satz kann den Eindruck einer klaren Linearität von Zeit und so auch von „Geschichten“ und den „Dingen“ oder „Ereignissen“ darin erwecken. Also im Sinne von: Etwas beginnt, dauert an und endet – ist vorbei. „Postkolonial“ etwa mit einem Jahr in Verbindung zu bringen, birgt die Gefahr, das „Post“ auf ein „danach“ zu reduzieren und so die grundlegenden Wirkungen und Spuren des Kolonialismus aus dem Fokus zu rücken. Insbesondere mit dem Begriff „postkolonial“ wird aber eine andere Perspektive auf Zeit und auch Geschichte eröffnet: Die Vergangenheit bestimmt die Gegenwart und auch die Zukunft, die Vergangenheit reicht wirkmächtig in die Gegenwart und den Alltag der Menschen hinein, weil Konzepte, Begriffe, Deutungen, Gewohnheiten, Strukturen, Institutionen von ihr geformt und durchdrungen sind. Es ist wichtig, dass die Menschen sich mit Kolonialismus beschäftigen, um bestimmte Phänomene der Gegenwart und auch die je eigene Position in der Welt sowie die Verwobenheit der Weltverhältnisse besser verstehen zu können. Insbesondere aber ist die Beschäftigung mit Kolonialismus bedeutsam, wenn Menschen den Anspruch haben, zum Beispiel ihr professionelles Tun nicht der Re-Produktion des Gegebenen zu verschreiben, sondern an der Idee arbeiten wollen, die Zukunft weniger gewaltvoll zu gestalten.

Der Historikerin leuchtet das sicher unmittelbar ein, was aber meint das konkret? Auf welche Weise könnte zum Beispiel unser Ministerium noch heute vom Kolonialismus geprägt sein?

Es geht mir ja gerade darum, die grundlegende Bedeutung des Kolonialismus auch für die heutigen Gesellschaften in den Blick zu nehmen. Es wäre also eher wichtig herauszustellen: Das Ministerium könnte nicht nur, sondern es ist von seinen Fundamenten her geprägt durch Kolonialismus. Ein konkreter Punkt ist in diesem Zusammenhang, dass die Entstehung der nationalstaatlichen Ordnung und damit letztlich die Ordnung der Welt, die wir heute als selbstverständlich oder alternativlos erachten, eng verwoben ist mit der kolonialen Expansion. Der heutige Wohlstand und die Selbsterzählungen europäischer Nationalstaaten sind verbunden mit den kolonialen Ausbeutungspraktiken sowie den kolonialen Narrativen der Fortschrittlichkeit und Zivilisiertheit des „Wir“ versus der Rückständigkeit und Wildheit der „Anderen“. Gerade weil es um die Fundamente der gesellschaftlichen und auch der demokratischen Ordnung geht, ist es teilweise so schwer, darüber zu sprechen.

Stichwort Sprache – wenn bei uns Straßen nach dem Kolonialisten Adolf Lüderitz oder einem Rassisten wie Carl Peters benannt sind, diskriminiert das Schwarze Menschen. Wie hängen fehlendes Wissen und Sprechen über den Kolonialismus mit heutigem Rassismus zusammen?

Erlauben Sie mir eine Anmerkung: Mit der kritischen Thematisierung von Straßennamen, als Symbole für koloniale Gewalt, geht es nicht allein darum, die Diskriminierung und Verletzung von Menschen zu problematisieren. Es geht zugleich um die grundsätzliche Frage danach, in welcher Gesellschaft und Welt wir leben wollen und wie mit der Geschichte der Gewalt etwa in Deutschland und Europa umgegangen wird: Wie und warum im Rahmen offizieller gesellschaftlicher Praktiken erinnert wird und was durch die Inhalte und Formen der Erinnerung passiert, was dethematisiert, ignoriert, reproduziert wird. Eben weil das Erinnern auch Wirklichkeiten schafft.

In den Theorieperspektiven, in denen ich mich verorte, geht es sehr viel darum, dass Sprache und entsprechend bestimmte Begriffe den gesellschaftlichen Raum prägen beziehungsweise gestalten, ähnlich ist es mit den Symbolen der Erinnerung und mit den Erinnerungspolitiken. Es geht in diesem Zusammenhang zum Teil um fehlendes Wissen, aber aus der Perspektive postkolonialer Theorien auch um Ignoranz und ein Nicht-Wissen-Müssen sowie Nicht-Wissen-Wollen. Das Wissen beziehungsweise die Konfrontation mit Nicht-Wissen und Ignoranz könnte dann auch mit der Problematisierung von Privilegien verbunden sein. Das könnte zu unterschiedlichen Fragen anregen: Wie sehe ich meine eigene gesellschaftliche Position mit Blick auf rassistische Verhältnisse und was ermöglicht und verunmöglicht diese? Warum spielen bestimmte Themen oder auch ein bestimmtes Wissen zu Rassismus für einige Menschen (etwa in privilegierten Positionen) keine Rolle und welche Effekte hat dies für die gesellschaftlichen Verhältnisse? Wann, wie und von wem wird Rassismus überhaupt thematisiert?

Die Frage nach dem „heutigen Rassismus“ ist sehr komplex, es gibt ja sehr unterschiedliche Ebenen und Formen von Rassismus, die sich zudem nach Kontext und Zeit stark verändern können. Wichtig ist aber das Bewusstsein dafür, dass Rassismus auch im postnationalsozialistischen, um einen Ausdruck der Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt zu verwenden, und postkolonialen Deutschland weiterhin wirksam ist. Oft wird diese Wirksamkeit erst durch aufmerksame und auch sensible Geschichtsarbeit benennbar und besprechbar.

Was folgt daraus für eine Behörde wie das Auswärtige Amt, wo sich doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als von Berufs wegen weltoffen und anti- oder nichtrassistisch verstehen? Und was wäre eine postkoloniale Außenpolitik?

Das ist, wie sie sich denken können, keine Frage, die sich so einfach beantworten lässt – auch deswegen, weil es einen guten Einblick in die Strukturen und Praktiken des Auswärtigen Amtes bräuchte. Wenn es um langfristige und nachhaltige Veränderungen geht, wäre sicherlich ein Prozess reflexiver Organisationsentwicklung und eine entsprechende, durch postkoloniale Theorien informierte, wissenschaftliche Begleitung sinnvoll. Auf ihre Frage hin möchte ich aber unbedingt noch den Verweis darauf machen, dass Weltoffenheit und antirassistische Einstellungen Rassismus nicht verhindern. Es geht mit dem Rassismusbegriff, den ich in diesem Interview angesprochen habe, ja nicht alleine um die absichtliche rassistische Rede oder die rassistischen Einstellungen einzelner Menschen. Auch wenn sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Auswärtigen Amtes antirassistisch positionieren, bleiben sie zugleich Teil der rassistischen Verhältnisse – weil es kein Außerhalb gibt. Der Rassismusforscher Paul Mecheril hat dies über das Konzept „Rassismuskritik“ deutlich gemacht. Eine rassismuskritische Praxis ist nicht auf der „guten Seite“ verortet, sondern ist sich der Eingebundenheit in die „Normalität des Rassismus“ bewusst, die immer aufs Neue reflektiert und bearbeitet werden muss. Rassismuskritik beinhaltet selbstreflexive Betrachtungsperspektiven auf Handlungen, Deutungen, Institutionen, Diskurse und Strukturen. Eine Außenpolitik, die an diese (selbst-)reflexive Perspektive anschließt und die Weltverhältnisse sowie die eigene Position nicht außerhalb von historischen Prozessen betrachtet, die unter anderem geprägt sind von kolonialer Gewalt, könnte zumindest Teil einer postkolonialen Politik sein, die das Bestehende nicht fraglos wiederholt, sondern ernsthaft nach Veränderungsmöglichkeiten sucht.

► Das Interview für **internAA** führte MARTIN KRÖGER



NUTZEN SIE MEINE KOMPETENZ

Transportversicherungen gemäß
RLTV, Rahmenverträge für Ihre
privaten Versicherungen und ein
individuell ausgearbeitetes
Angebot zum EPZ. Wir bieten
weltweiten Versicherungsschutz
+ exzellente Beratung.

Norbert Streng

Allianz Generalvertreter
Giergasse 2
53113 Bonn
streng.bonn@allianz.de
www.allianz-streng.de
Telefon 02 28.76 60 10



Belgien stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit

Überall in Belgien und insbesondere in Brüssel stößt man auf Spuren der früheren belgischen Kolonie Kongo, wenn das auch den meisten nur bedingt bewusst ist. Der belgische Kolonialismus dauerte knapp 100 Jahre an. Belgien, 1830 unabhängig geworden, stürzte sich ab 1876 mit der Privatakquisition des Kongos durch den König der Belgier Leopold II und der späteren Gründung des „Kongo-Freistaat“ in das koloniale Abenteuer. Nach dem ersten Weltkrieg kamen 1919/20 Teile des früheren deutschen „Schutzgebiets“ Deutsch-Ostafrika als Mandatsgebiet Ruanda-Urundi hinzu.

Der Kurbereich von Spa, das Casino in Ostende, der Triumphbogen des Jubelparks oberhalb des EU-Viertels in Brüssel oder der Park und das Schloss von Laeken – um nur einige Beispiele zu nennen – wurden mit Geldern aus der damaligen Kolonie Kongo bezahlt. Auf dem Monument des Verteidigers von Diksmuide im Ersten Weltkrieg, General Jacques, prangen auch die Namen von Schlachten im Kongo und rund um den Platz Sablon. In unmittelbarer Nähe des belgischen Außenministeriums finden sich bis heute zahlreiche Geschäfte mit afrikanischer Kunst. Knapp einen Kilometer von der Deutschen Botschaft Brüssel entfernt liegt das sehr lebendige Viertel Matongé. Kleine Supermärkte mit unzähligen Obstsorten vor den Türen, spezialisierte Geschäfte, Friseursalons, afrikanische Restaurants und jede Menge Bars säumen die Straßen. Benannt nach dem gleichnamigen Ausgehviertel Matongé in Kinshasa, Demokratische Republik Congo, entwickelte sich der Brüsseler Stadtteil ab Ende der 1950er-Jahre zur Heimat von vielen Menschen mit kongolesischem Hintergrund – aber nicht nur.

Nach der Unabhängigkeit schiefen viele Verbindungen ein
Lange Zeit schenkte man auch in Belgien der kolonialen Vergangenheit nicht viel Beachtung. Nach dem im damaligen Belgien nicht unumstrittenen Rückzug aus dem Kongo 1960, inklusive der bis heute nicht ganz geklärten Frage der Rolle belgischer Stellen bei der Ermordung des ersten Premierministers des Kongo Patrice Lumumba, geriet die belgisch-kongolesische Geschichte Stück für Stück in Vergessenheit. Die Wirtschaftsbeziehungen gingen immer weiter zurück und oft war es nur noch Sabena, später Brussels Airlines, die die beiden Hauptstädte regelmäßig verband. Auch die politischen Beziehungen waren immer wieder spannungsgeladen.

Gleichzeitig blieb die belgische Botschaft in Kinshasa eine der größten belgischen Vertretungen weltweit. Viele belgische Familien haben einen „Onkel“ oder eine „Tante“, der/die „im Kongo war“. Das eindringliche Buch von Adam Hochschild „King Leopold's Ghost“ von 1998 beeinflusste die belgische Diskussion eher weniger. Mehr Erfolg war in Belgien David Van Reybroucks Buch „Kongo“ von 2010 beschieden – es verkaufte sich nur im niederländischen Original binnen zwei Jahren mehr als 300 000 Mal, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt, mit Preisen bedacht und findet sich heute in vielen belgischen Haushalten.

AfrikaMuseum in Tervuren

In jüngster Zeit nahm das Interesse zu: Die großangelegte Renovierung des AfrikaMuseums in Tervuren – unter Leopold II. mit Gewinnen aus dem Kongo erbaut und noch in den 1950er-Jahren als Kolonialmuseum überarbeitet – bietet seit der Neueröff-



Links: Reiterdenkmal König Léopold
Oben: König Philippe im Kongo

Anzeige



Lagerdauer. Unklar.

Abgedeckt.

Mit unserer **Transportversicherung** ist Ihr Hab und Gut optimal geschützt. Wir bieten weltweiten Schutz (gemäß den RLTV), beginnend mit dem Einpacken bei Ihnen zu Hause. Dabei ist das Umzugsgut gegen alle Gefahren versichert, dem es unterwegs zu Land, Luft und See und während sämtlicher Lagerungen ausgesetzt ist – auch in luftigen Höhen.



Helvetia
Ehepartnerzuschlag



„Wie setzen wir den Ehepartnerzuschlag um?“ Auch hier bieten wir als Helvetia eine spezielle Lösung an.

Erste Infos:

www.versicherungen-worldwide.de/epz

Sprechen Sie uns für weitere Infos an!
www.versicherungen-worldwide.de

Stadtbüro Berlin
Hausvogteiplatz 14, D-10117 Berlin

Phone: +49 (0)30/20 61 47-0

Fax: +49 (0)30/20 61 47-11

E-Mail: worldwide@helvetia.de

Stadtbüro Bonn

Adenauerallee 54, D-53113 Bonn

Phone: +49 (0)228/20 11-80

Fax: +49 (0)228/21 21-37

E-Mail: wenske.bonn@helvetia.de

einfach. klar. helvetia

Ihre Schweizer Versicherung

nung 2018 nach Selbstaussage eine differenziertere und kritischere Betrachtungsweise der Kolonialvergangenheit. Das sehen nicht alle so, die Neukonzeption war nicht unumstritten – für die einen zu viel, für die anderen zu wenig. Unbestritten ist, dass das AfrikaMuseum eine der größten Sammlungen afrikanischer Kunst und Gegenstände in seinen Archiven hat und bei dem Projekt „MuseumsLab“ dabei ist.

Auslöser für größere politische Aufarbeitung: die Black-Lives-Matter-Bewegung

Vor allem aber führte die Black-Lives-Matter-Bewegung zu einer geänderten Diskussion. Eine breite Öffentlichkeit forderte im Sommer 2020 eine umfassende politische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und zum Beispiel das Entfernen aller Statuen von Leopold II. In Brüssel überschütteten Aktivistinnen und Aktivisten etliche Leopold II.-Statuen mit roter Farbe – Sinnbild für das Blut derjenigen, die während der grausamen Unterdrückung im Kongo gewaltsam zu Tode kamen.

Schritte zur Bewältigung der Vergangenheit

Zum 60. Jahrestag der Unabhängigkeit des Kongo am 30. Juni 2020 schrieb der König der Belgier Philippe, der durch die Pandemie von einer fest geplanten Reise in den Kongo abgehalten wurde, an den kongolesischen Staatspräsident Félix Tshisekedi einen viel beachteten öffentlichen Brief, in dem er sein „tiefstes Bedauern“ hinsichtlich des während der Kolonialzeit geschehenen Unrechts ausdrückte. Im Juni 2022 besuchte der König dann den Kongo und bekräftigte die Worte des Bedauerns. Beides wurde im Kongo gut aufgenommen.

Eine im Jahr 2020 eingesetzte parlamentarische Kongo-Kommission befasst sich mit der Rolle des belgischen Staates und nichtstaatlicher Akteure während der Kolonialzeit. Ein erstes Resultat der Kommission findet sich in dem 689-Seiten umfassenden Abschlussbericht vom Oktober 2021 einer kongolesisch-belgischen Expertinnen- und Expertengruppe. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichts ist, dass das belgische Kolonialsystem auf Gewalt, Rassismus und systematischer Ausbeutung der Ressourcen beruhte und großes menschliches Leid verursachte. Auf Grundlage des Berichts erarbeitet seither die parlamentarische Kommission politische Handlungsalternativen und ist 2022 in den Kongo gereist.

Erstes Gesetz zur Restitution weltweit

Vor kurzem wurde ein weiterer großer Schritt getan: Am 30. Juni 2022, dem 62. Jahrestag der Unabhängigkeit des Kongo, verabschiedete das belgische Parlament das weltweit erste Gesetz zur Rückgabe von Werken, die unrechtmäßig



während der Kolonialzeit in das Eigentum des belgischen Föderalstaates gelangt sind. Das Gesetz ermöglicht es dem belgischen Staat, das Eigentum an unrechtmäßig erlangten Werken aus dem Eigentum des föderalen Staates auszusondern und auf Wunsch des ehemaligen Kolonialstaates diesem zurückzugeben. Das kann auch bei rechtmäßig erworbenen Gegenständen passieren, wenn gewünscht. Ob, und wenn ja wie viele, Gegenstände in naher Zukunft zurückgegeben werden, bleibt abzuwarten. Eines ist jedoch klar: Von dem Gesetz geht eine starke Signalwirkung aus. Der Wille Belgiens, sich seiner kolonialen Vergangenheit zu stellen, ist nicht mehr nur eine politische Absichtsbekundung und abhängig von politischer Opportunität, sondern das Gesetz gibt einen klaren Handlungsrahmen vor. Die Regierung des Kongo selber erklärte, dass man nach vorne schauen wolle und an guter Kooperation, der Vervollständigung der Sammlungen im Kongo, der Unterstützung der Museen und daran interessiert sei, gemeinsam ein neues Kapitel aufzuschlagen, das den zukünftigen Generationen eine gemeinsame, friedvollere Erinnerung beschere möge. Bei der Reise des Königs 2022, vor Verabschiedung des Gesetzes, wurde dem Kongo eine Kakungu (Initiations-) Maske des Suku-Stammes leihweise übergeben, die nachweislich nicht unrechtmäßig in den Besitz Belgiens gekommen war. Auf der Basis des neuen Gesetzes kann diese nunmehr dem Kongo übereignet werden.

Wichtig bei der Bewältigung der Schmerzen der Vergangenheit war auch die Übergabe sterblicher Überreste des ersten Premierministers des Kongo, Patrice Lumumba, an seine Familie 2022. Es handelte sich im Wesentlichen um einen Zahn. Dieser war bei der Familie eines belgischen Beamten beschlagnahmt worden, der zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Kongo vor Ort war.

Bedeutung der kolonialismuskritischen Aufarbeitung

Belgiens Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Worte des Königs im Jahr 2020 nahmen die Medien als Zeitenwende wahr. Diesen ersten Schritten folgen nun weitere und die Richtung macht Mut. Offen und strittig bleibt die Frage einer eventuellen Entschuldigung oder Entschädigung. In der belgischen Politik und Zivilgesellschaft gibt es klare Stimmen für und wider. Es bleibt abzuwarten, ob die parlamentarische Kommission zu einem gemeinsamen Ansatz kommen wird. Wie auch immer – die Aufarbeitung hat enormes Gewicht. Die Benennung des historischen Unrechts und das gemeinsame Reflektieren wird den Blick weiten, um Zusammenhänge besser zu verstehen, einseitige Geschichtsschreibung zu korrigieren und Rassismus bekämpfen, der in erheblichem Maße durch die Kolonialisierung bedingt wurde.

► MARTIN KOTTHAUS und MAREIKE SINZ, Botschaft Brüssel

„Tropisches Deutschland“

1901: Mitarbeiter des Auswärtigen Amts auf kolonialer Mission

Fernreisen waren vor 120 Jahren nur für wenige Menschen erschwinglich. Man brauchte dafür Geld, Beziehungen und Zeit. Ein seltener Tourist zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der sich einige Wochen lang in Deutsch-Ostafrika umschauen durfte, war der angehende Marinebaurat Hermann Lampe aus Wilhelmshaven. Über seine Reiseeindrücke schrieb er ein Tagebuch und illustrierte es mit eigenen Fotografien. Es begegnen den Lesenden darin drei Mitarbeiter des Auswärtigen Amts in unterschiedlicher Mission. Zu nennen sind namentlich Dr. Herbert von Borch und Dr. Ludwig Heinke, beides Freunde von Hermann Lampe, sowie Benedikt Freiherr von Herman auf Wain.

Herbert von Borch war im Auftrag des Auswärtigen Amts unterwegs zu einem Posten in Peking und begleitete Hermann Lampe bis Aden, wo sich deren Wege trennten. Von Borch wechselte auf ein anderes Schiff mit Fahrtrichtung Fernost. Hermann Lampe fuhr weiter bis nach Daressalam. Zuvor hatten die beiden auf dem Weg von Frankfurt nach Neapel die Gelegenheit, mediterrane Ortschaften und vor allem Pompeji zu besichtigen.

Ludwig Heinke stand im Dienste der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts und war Mitarbeiter von Adolf Graf von Götzen, dem Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Dieser hatte Hermann Lampe zu sich nach Daressalam eingeladen und stellte ihn dort den lokalen Größen vor. Im „Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes“ ist über den Juristen Dr. Ludwig Heinke (*19. Oktober 1869 Breslau, †3. Oktober 1929 Innsbruck) zu lesen, dass er seit dem 1. Juni 1896 mit Elisabeth, geborene von Borch, der Schwester des Herbert von Borch, verheiratet war. Seinen Dienst für das Auswärtige Amt, Tätigkeitsbereich Zentralverwaltung des Schutzgebietes Deutsch-Ostafrika, trat er am 3. Mai 1899 in der Gouvernements-Verwaltung in Daressalam an.

Dr. Herbert von Borch, der Bruder der zuvor genannten Elisabeth Heinke, geborene von Borch, sollte eine Stelle als Dolmetscheraspirant an der deutschen Gesandtschaft in Peking antreten. Auch ihn finden wir im „Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes“ mit folgenden Angaben: *22. Februar 1876 Liegnitz, †31. August 1961 Starnberg, Sekondeleutnant, Studium als Leutnant a. D. in Berlin in den Fächern Jura und Chinesisch, Diplomprüfung in der chinesischen Sprache „mit Auszeichnung“, Promotion als Jurist, Zulassung zum Auswärtigen Dienst, Verpflichtung nach China am 17. April 1901. Ab dem 6. Januar 1908 hatte er die kommissarische Leitung des Konsulats Swatau (Shantou/China) inne.

Ein weiterer Reisebegleiter des Hermann Lampe war während der Seereise Benedikt Freiherr von Herman auf Wain (*2.

November 1862 bis †5. März 1932). Dieser war von 1895 bis 1902 an der deutschen Botschaft in Washington Land- und Forstwirtschaftlicher Sachverständiger. Dort hatte er den deutschen Afrikaforscher Gustav Adolf von Götzen kennengelernt, als dieser dort von 1896 bis 1898 als Militärattaché das Deutsche Reich vertrat. Götzen wurde im März 1901 zum Gouverneur von Deutsch-



Mitte links Freiherr Benedikt von Herman auf Wain, Mitte rechts Hermann Lampe, vorne rechts Herbert von Borch
Foto: Christian Hinz (Bad Harzburg)

Ostafrika ernannt. Die Freundschaft der beiden Männer und das gemeinsame Interesse an der Land- und Forstwirtschaft führten dazu, dass der Freiherr von Herman vom Gouverneur zu einer halbjährigen Studienreise in die Kolonie eingeladen wurde.

Nach Wochen auf See empfing Hermann Lampe ein „tropisches Deutschland“. Er war Gast der lokalen Führungselite. Er fotografierte, sammelte Souvenirs und beobachtete das Treiben der Einheimischen. Mit Freunden jagte er einen menschenfressenden Löwen, erlitt Schiffbruch und infizierte sich mit Malaria. Seine Erlebnisse und Eindrücke hielt er in seinem Reisetagebuch fest, das uns – ebenso wie seine Glasplattenfotos – ein sehr intimes Bild der deutschen Kolonie und ihrer Menschen vermittelt. Die Autoren haben seine Aufzeichnungen und Fotos ausgewertet und die Erlebnisse der Reise mit zeitnahen Zeitungsberichten über lokale und weltpolitische Ereignisse um 1901 ergänzt. So entstand ein illustriertes Buch, das nicht nur unterhält und informiert, sondern auch einen Beitrag zum Diskurs über Kolonialismus und Rassismus in der Kaiserzeit bietet.

► HANS-ULRICH DUWENDAG und Dr. WOLFGANG VÖLKER, Lengerich



Der letzte Kolonialkrieg?

Spuren von zaristischem Imperialismus in unserer Arbeit

„The tragedy is that we are seeing a violent recolonization of Ukraine“, erläuterte der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev in einem Spiegel-Interview am 17. März 2022. Bundeskanzler Olaf Scholz betonte am Tag des russischen Einmarsches, Präsident Wladimir Putin gefährde „das Leben von unzähligen Unschuldigen in der Ukraine, dem Brudervolk Russlands“.

Rekolonisation, Brudervolk? Als Brudervolk verbündet, alliiert oder befreundet wird der Bundeskanzler die Konfliktparteien nach Annexion der Krim nicht ansehen. Zielt der Begriff ab auf eine mögliche ethnische, sprachliche oder kulturelle Nähe ab? Ließe sich Österreich als Brudervolk der Deutschen bezeichnen? Oder die Schweiz, Polen, Frankreich?

Bezugspunkt könnten die 70 Jahre der Sowjetunion sein: Bruderstaat war eine Vokabel im Sozialismus, verwendet im Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Unabhängig von der Intention im konkreten Fall drückt das Wort Brudervolk etwas aus, was in Moskau auf mehr Zuspruch stoßen dürfte als in Kiew. Das Wort fügt sich in den Rahmen eines ostpolitischen Ansatzes in Deutschland seit dem Ende der bipolaren Weltordnung.

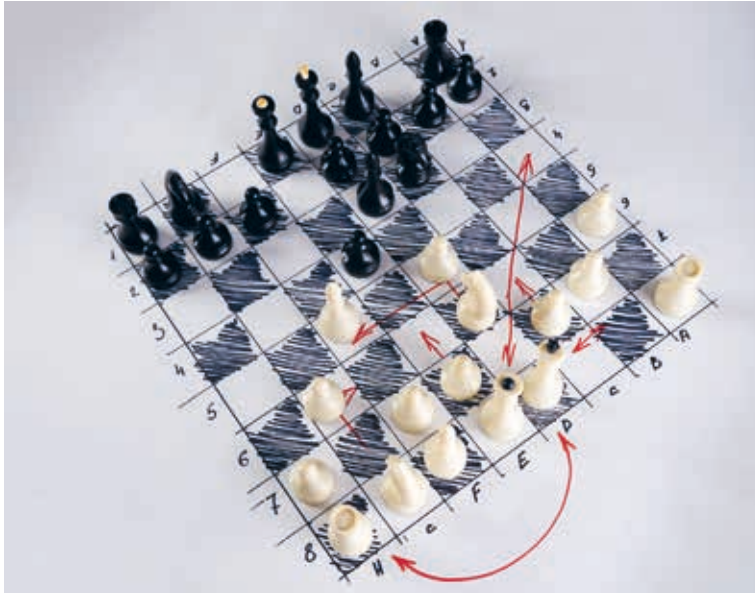
Unsere außenpolitischen Strukturen sind vielfach aus der Zeit des Kalten Kriegs tradiert. Mit Ausnahme der Gründung der Abteilung AP im Jahr 2017 sind uns dekoloniale Ansätze im AA bisher nicht gelungen oder waren nicht Zielsetzung unserer Arbeit. Bis heute hat weder Abteilung 2 noch Abteilung 3 einen griffigen Namen; im Organigramm steht bei beiden „Politische Abteilung“.

Welche Gemeinsamkeiten weisen die Länder auf, zu denen in Abteilung 3 gearbeitet wird? Eigentlich keine, außer dass es sich um Staaten handelt, in denen die Bevölkerungsmehrheit nicht weiß ist. Welche Gemeinsamkeiten weisen die Staaten auf, für die Abteilung 2 zuständig ist? Es handelt sich um Staaten in Europa, die nicht in der EU sind, sowie um Staaten in Nordamerika mit mehrheitlich weißer Bevölkerung. Hinzu kommt Zentralasien, denn das gehörte zur Sowjetunion und war vorher schon russische Kolonie.

Auch im postsowjetischen Raum bestimmen also koloniale Kontinuitäten unser Denken und unseren Wahrnehmungshorizont. In der letzten Legislaturperiode war der Zuständigkeitsbereich von Referat 207 auf zwei Staatsminister aufgeteilt: Südkaukasus zu Europa, Zentralasien zu Asien. Das Referat umklammert bis heute den Süden der ehemaligen Sowjetunion, unabhängig von den Fragen, wie ähnlich sich die Staaten in beiden Regionen oder uneinheitlich dortige deutsche und europäische Interessen sind.

Die Qualifikation als Brudervolk auf Grundlage sprachlicher, kultureller und geographischer Nähe gilt also nicht für zum Beispiel Tadschikistan und Afghanistan, die in verschiedenen Abteilungen verortet sind. Eine Spur des imperialistischen Projekts in Zentralasien von 1822 bis 1989 führt insofern zur Länderzuständigkeit für Tadschikistan und Russland, die bis heute im selben Beauftragtenbereich liegen. Auch wenn es viele gute Gründe dafür gibt, so ähnelt dies der Vorstellung, dass Algerien noch 1993 mit Frankreich im selben Regionalbereich verortet gewesen wäre.

Anders als Kollegen und Kolleginnen in Paris oder London können wir im Arbeitsalltag geistige Kontinuität zum Kolonialismus ausblenden. Kolonialismus gehört zu den marginalisierten Kapiteln deutscher Geschichte, wie in anderen Beiträgen dieser **internAA**-Ausgabe zu lesen ist. Dass es sich beim russischen Einmarsch in die Ukraine um einen letzten Kolonialkrieg handelt, entspringt nicht nur der Perspektive osteuropäischer EU-Mitgliedstaaten. Anders als bei uns richtet sich der Blick in auswärtigen Diensten des „globalen Südens“ in eine ähnliche Richtung. Der Ständige Vertreter Ke-



nias bei den VN, Botschafter Mbugua Martin Kimani, verwies noch vor Kriegsbeginn am 21. Februar im Sicherheitsrat auf Parallelen zwischen kolonialer Grenzziehung in Afrika und dem russischen Versuch einer gewaltsamen Grenzverschiebung in Europa.

Ein unverrückbarer Fokus auf den postsowjetischen Raum könnte zu dem Missverständnis führen, dass der Kollaps der UdSSR wie von selbst eine Reihe von Nachfolgestaaten in eine Art Unabhängigkeit entlassen hat, die jedoch stets ein Stück im Orbit des Kremls verblieben. So etwas leistet Putins Ansinnen und Narrativen in gewisser Weise Vorschub: Was an Russland grenzt, könnte russisch sein oder (Neu?)-Russland werden.

Wenn der „postsowjetische Raum“ als geistiger Referenzpunkt gesetzt ist, könnte zu kurz kommen, welche Nationalbewegungen und Anstrengungen in vielen unserer Partnerländer, bis hin zu Finnland, notwendig waren, um Souveränität und in einigen Fällen Freiheit der einzelnen zu erlangen. Zu den frühen Stimmen, die den russischen Imperialismus kritisierten, zählte der bedeutendste ukrainische Lyriker Taras Schewtschenko – [einen Link zu seinem Gedicht „Kaukasus“ finden sie im QR-Code.](#)

► SENA STAUFER, Referat 609, und ARON MIR HASCHEMI, AS OE, Zentrale Berlin verfasst im März 2022



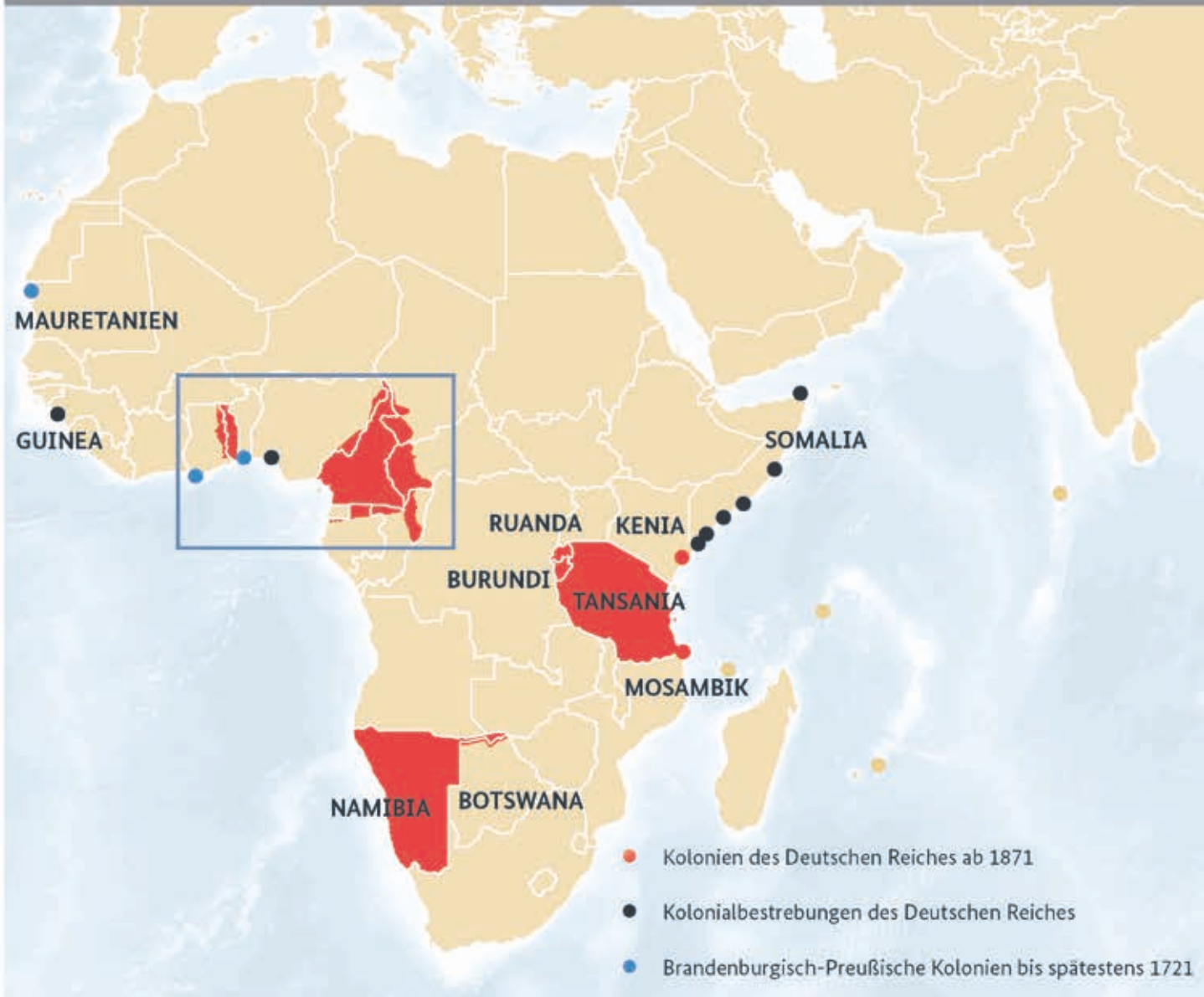
LACHEN. FEIERN. LEBEN.

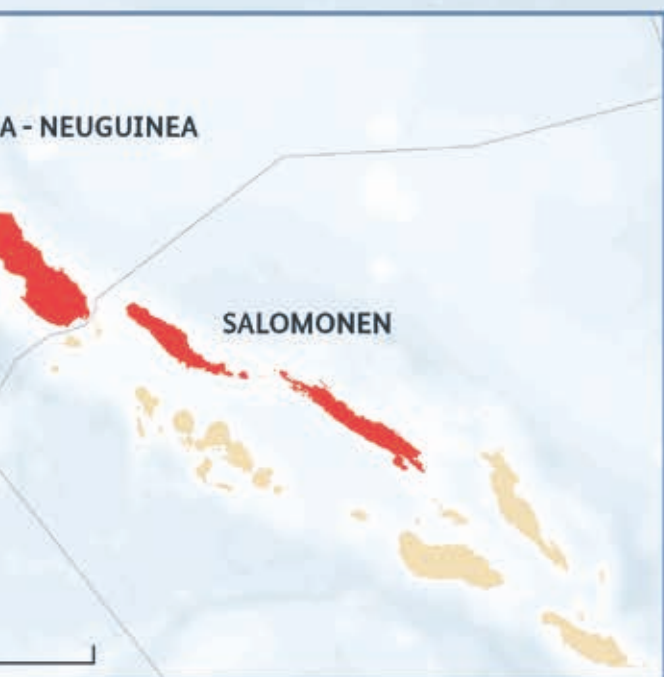
Ein Haus ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist der Ort, an dem das Leben spielt. Haus Aenne, das wir in Kooperation mit DAS HAUS in der neuen FertighausWelt Schwarzwald realisiert haben, ist genau der Ort für alle Facetten des Lebens und alle Generationen – nachhaltig, wohngesund, bezahlbar. **Wann sprechen wir über Ihre Träume? Telefon +49 172 606 94 00, Peter Hejmann**



Schwörer Haus
Hier bin ich daheim

Ehemalige deutsche Kolonien





WARUM KOLONIALISMUS FÜR DEUTSCHLAND ANGENEHM KEIN THEMA SEIN MUSS – BEHAUPTUNGEN UND WIDERLEGUNGEN

„Deutsche sind kaum und nur kurz mit Kolonialprojekten in Afrika vertreten gewesen.“

Dabei erstreckten sich deutsche Besitzansprüche zwischen 1683 und 1919 auf Gebiete, die heute in 19 der 55 afrikanischen Staaten liegen – und die Kolonialplanungen der Jahre 1919 bis 1943 reichten deutlich darüber hinaus.

„Der deutsche Kolonialismus unterliegt vielerorts einer positiven Wahrnehmung.“

Die Auseinandersetzung mit Kolonialismus ist keineswegs ein zweckgebundener Gefallen, den wir anderen Staaten erweisen wollen, sondern notwendige Schärfung eines marginalen öffentlichen Bewusstseins. Es geht um das Ablegen von Scheuklappen gegenüber einem Kapitel unserer Geschichte.

„Das Auswärtige Amt hatte damit nichts zu tun.“

Im AA befand sich 20 Jahre lang die zivile Schaltzentrale der Kolonialverwaltung – die Kolonialabteilung. Viele Diplomaten wechselten 1907 ins Reichskolonialamt. Manch einer trauerte den verlorenen Kolonien so sehr nach, dass er auch noch Jahrzehnte später rassistische Inhalte publizierte. Was kann unsere Behörde heute tun?

„Die deutsche Kolonialherrschaft hat den Regionen viel Positives eingebracht, ist auch nicht so schlimm gewesen wie die anderer Staaten.“

Dieses Motiv findet sich häufig und in sehr ähnlicher Form in vielen Nachfolgesellschaften imperialistischer Mächte. Im nationalen Bewusstsein waren immer die anderen schlimmer. Dabei geht es nicht um einen Wettbewerb der Grausamkeiten, sondern einen selbstkritischen Blick auf die eigene Geschichte mit mittlerweile ausreichender zeitlicher Distanz.

Hans-Ulrich Duwendag

Wolfgang Völker

**Auf nach Deutschland am Äquator
Das Tagebuch des Marinebaurats
Hermann Lampe über seine Reise nach
Deutsch-Ostafrika im Jahr 1901**

Das Buch stellt in der Hauptsache das Reisetagebuch des Marinebaurats Herbert Lampe über seine Reise nach Daressalam im Jahre 1901 vor.

Es wird ergänzt von Zeitungsbeiträgen der Deutsch Ostafrika Zeitung (DOAZ) aus dieser Zeit sowie Kommentaren und Einordnungen der Autoren.

Gleich vorweg: Es handelt sich nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialzeit. Im Tagebuch selbst findet sich keine Kritik an der Kolonialpolitik, auch wenn es den Hinweis gibt, dass über die Kolonialpolitik vor Ort kontrovers diskutiert wurde und man schließlich einig war, das Mutterland zu kritisieren. Es war auch nicht zu erwarten, dass das Tagebuch des Marinebaurats – als ein Reisetagebuch aus 1901 – sich kritisch mit der Kolonialpolitik des Kaiserreichs auseinandersetzt.

Die Autoren sind in ihren Einordnungen jedoch durchaus kritisch, unterziehen mit ihren Kommentaren und Erläuterungen die Berichterstattung und Anmerkungen der DOAZ einer kritischen Würdigung und beziehen auch mehrere Male eine kritische Distanz zu der Kolonialzeit, indem sie aus der heutigen Zeit den Blick darauf werfen. Entsprechend dem Geist der Zeit finden sich im Tagebuch eine Vielzahl von Textstellen, die nach heutiger Lesart als rassistisch und antisemitisch einzustufen und abzulehnen sind. Das war bei einem Originaldokument aus dem Jahre 1901 aber auch nicht anders zu erwarten.

Der Aufenthalt in der Kolonie wird vom Tagebuchverfasser durchaus als gefährlich, auch mit gesundheitlichen Risiken, aber insgesamt als interessant und angenehm beschrieben. Einige ausgewählte Zitate: „Wir waren wirklich auf deutschem Gebiet“, „es gibt wahrhaftige Schutzmänner, natürlich schwarze“, „es sieht aus wie in der Sommerfrische“ ...

Das Reisetagebuch beschreibt ein großes Abenteuer ergänzt durch eine Vielzahl von Fotos des Verfassers und ist gut zu lesen. Der Marinebaurat Lampe hatte einen spannenden, angenehmen und sehr interessanten Aufenthalt in der Kolonie, auch wenn die Reise teils beschwerlich war. Die detaillierten und lebendigen Schilderungen sind sicherlich auch eine Fundgrube für Historiker.

Die kritischen Anmerkungen der Autoren sind zu würdigen, hätten aber ausführlicher und noch deutlicher ausfallen können. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sie ein historisches Reisetagebuch vorstellen, einordnen und kommentieren.

► WOLFGANG FISCHER, Berlin



agenda-Verlag, Münster 2021, 228 Seiten, ISBN-Nr. 978-3-89688-722-1, 24,90 Euro

deutschland.de

Die Plattform zur Auslandskommunikation

Deutschlands digitale Stimme in der Welt hat Millionen Nutzerinnen und Nutzer

Was unternimmt Deutschland gegen den Klimawandel? Wie engagiert sich das Land weltweit für Menschenrechte und Gleichstellung? Und welche Themen bewegen Deutschland heute? Fragen wie diese und viele mehr beantwortet deutschland.de, die zentrale Plattform zur Auslandskommunikation und zur Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbilds im Ausland. Die Inhalte erreichen die globale Zielgruppe über die Website www.deutschland.de – in zehn Sprachen und vielen Formaten, von Text über Videos, Themenslider oder Quiz bis zu Dossiers. Genauso wichtig sind die in mehreren Sprachen ausgespielten zehn Social-Media-Kanäle auf Facebook, Twitter, Youtube, Instagram, Telegram und Weibo. Hier bietet das Redaktionsteam der Fazit Communication im Auftrag von Referat 608 des Auswärtigen Amts eine breite Palette interaktiver Angebote und steht im Austausch mit den Nutzerinnen und Nutzern. Mit im Blick sind dabei auch viele Inhalte der Partner aus den Mittlerorganisationen wie Goethe-Institut, ifa oder DAAD.

Deutschland.de vermittelt alle Themen der deutschen Auslandskommunikation; hohen Stellenwert haben Beiträge aus Politik und Wirtschaft. Europa und Deutschlands Rolle in der EU sind wichtige Schwerpunkte der Kommunikation, Themen wie die Klimaaußenpolitik oder die G7-Präsidentschaft werden begleitet von Schwerpunkten und gezielten Kampagnen.

Daneben greift das Portal auch tagesaktuelle Themen auf – seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine bündelt die Redaktion in einem stark nachgefragten „Ticker“ Beiträge zu Deutschlands Engagement für die Ukraine. Das Angebot wird auf Deutsch, Englisch, Französisch, Polnisch und Russisch veröffentlicht. Mit der Corona-Krise ist die Reichweite des Webportals stark gewachsen – wegen des hohen Interesses an einer multilingualen fundierten Berichterstattung aus und über Deutschland.

In wechselnden Themenwochen nimmt die Redaktion unterschiedlichste Schwerpunkte der Deutschlandbildkommunikation auf – wie Nachhaltigkeit, Demokratie, Medienfreiheit, Außenwirtschaft oder Innovation. Immer ist dabei der Fokus auch auf Inhalte gerichtet, die Deutschlands internationales Engagement oder die Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit in den Fokus rücken.

Fortgeschrieben werden auch Spezial-Themenseiten mit service-orientiertem Charakter zu Arbeiten in Deutschland, Studieren, deutscher Sprache und zahlreichen anderen Clustern.

Wie wird deutschland.de angenommen? Zur Zeit mit knapp drei Millionen Seitenaufrufen der Webseite pro Monat. Der mehrsprachige Facebook-Auftritt hat 1,9 Millionen Follower und wächst stetig. Auf Twitter unterhält deutschland.de inzwischen vier Kanäle, denen 643 500 Personen folgen; Instagram mit seinem deutlich jüngeren Publikum verzeichnet 301 000, Weibo 50 000 Follower.

Noch nicht dabei? Dann folgt hier ein „Call to action“. Schauen Sie doch mal vorbei. Im Web: www.deutschland.de, auf facebook.com/deutschland.de, auf twitter.com/en_germany, auf instagram.com/deutschland_de, auf youtube.com/c/DeutschlandDe1 oder auf Telegram unter t.me/global_deutschland_de. Alle Inhalte der Webseite können übrigens mit Angabe der Quelle und Verlinkung auf deutschland.de auch von den Auslandsvertretungen übernommen und/oder über deren Social-Media-Kanäle verbreitet werden.

► OTHMAR LAFORET, Referat 608, Zentrale Berlin





Aus den Augen – aus dem Sinn?

Ein paar Fragen und Antwortversuche zum Thema „Führung auf Distanz“

Die Corona-Pandemie und die fast nahtlose Aneinanderreihung politischer, ökologischer und ökonomischer Krisen führen zu tiefgreifenden Veränderungen in unserer Arbeitswelt und auch in den Erwartungen und Wünschen, die an Führungskräfte adressiert werden. Was können Führungskräfte tun, um ihren Mitarbeitenden mehr Sicherheit zu geben?

Die wesentlichen Stichworte sind: Vertrauen, Offenheit, Reflexionsfähigkeit und Transparenz. Gerade in kritischen Situationen erwarten Mitarbeitende von ihren Führungskräften Orientierung und „Führung“ im Wortsinne, das bedeutet aber nicht, dass Führungskräfte „so tun sollten, als seien sie Herr der Lage“, wenn nie dagewesene Ereignisse neue Lösungswege fordern. Vertrauen in die „Schwarmintelligenz“ des Teams, offenes Ansprechen der eigenen Fragen und Grenzen, gemeinsame Reflexion von eigenen Einflussmöglichkeiten und möglichst transparentes Kommunizieren von Entscheidungen und Begründungen scheinen mir wesentliche Aspekte von Führung in volatilen Lagen.

Ist die unbeständige, unsichere, komplexe und mehrdeutige VUCA-Welt überhaupt noch beherrschbar? Womit müssen sich insbesondere Führungskräfte auseinandersetzen? Wie können sie sich selbst stärken? (Stichwort Selbstfürsorge, Resilienz, Achtsamkeit)

In volatilen Zeiten ist die eigene Reflexions- und Veränderungsbereitschaft ein wesentlicher Aspekt der Führungsfähigkeit. Die Ge-

wissheit, dass nichts so bleibt, wie es gerade ist, beunruhigt viele Führungskräfte und lässt sie an ihren Fähigkeiten zweifeln. Was gestern klar und richtig war, ist heute obsolet. Das gilt im Politischen (zum Beispiel: Nordstream 2) wie im Organisatorischen (zum Beispiel: „mobiles Arbeiten im Ausland ist nicht möglich“). Daher sind eine „gesunde Selbstvergewisserung“ im Sinne von „das bin ich, das kann ich gut, diese und jene Krisen habe ich schon durchgestanden“ in Verbindung mit Übungen zur Resilienz (zum Beispiel wissen, was mir gut tut, wie ich mich in Stress-Situationen erholen/entspannen kann) wichtige Bausteine zur Selbststärkung in komplexen Zeiten.

Die Corona-Pandemie hat dafür gesorgt, dass mobiles Arbeiten und Homeoffice sich in unserem Arbeitsalltag etabliert haben. Teams sehen sich deutlich seltener in Präsenz. Welche Vor- und Nachteile entstehen daraus? Wie kann Führen auf Distanz gut gelingen?

Beschäftigte sehen *Vorteile* des mobilen Arbeitens besonders in der eingesparten Wege-Zeit, der höheren Selbstbestimmtheit und Freiheit in der Arbeitseinteilung und in der Verbesserung von Vereinbarkeitsfragen. *Nachteile* werden vor allem in deutlich erhöhten Bildschirmzeiten und damit verstärkter Ermüdung deutlich, daneben auch in schlechteren Teamabstimmungen, Verlust sozialer Kontakte, mehr Emails, mehr Missverständnisse, weniger Humor, mehr Notwendigkeit von Absprachen, schwierigere Auf-



kann gerade bei Mitarbeitenden, zu denen eine angespannte oder schwierige Führungsbeziehung herrscht, schwer fallen und wird dann gerne auch „vergessen“, wodurch die Beziehung in der Regel noch schwieriger wird.

So hat sich zum Beispiel in der *Lessons-Learned-Corona*-Befragung, die das Fraunhofer-Institut Ende 2020 im Auftrag des Kompetenzzentrum Führung hier im Hause durchgeführt hat, gezeigt, dass 70 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice fanden, ihre Führungskräfte seien grundsätzlich gut erreichbar, aber nur 20 Prozent angaben, die Führungskraft melde sich regelmäßig bei ihnen.

Häufig benannten Beschäftigte auch das Gefühl, von wichtigen Informationen abgeschnitten zu sein oder sich zu Hause „abgehängt“ und isoliert zu fühlen als Auswirkung des Homeoffice – Punkte, die Führungskräfte aufhorchen lassen sollten, denn Informationsweitergabe und Einbeziehung aller in die gemeinsame Aufgabenerledigung sind Kernaufgaben von Führung, auch und gerade in mobilen Zeiten.

gabenverteilung und bei ungünstigen häuslichen Arbeitsbedingungen (zum Beispiel: fehlende Kinderbetreuung, fehlender Arbeitsbereich in der Wohnung) kommen ungewollte Störungen und körperliche Beeinträchtigungen (zum Beispiel: Rückenprobleme durch unpassende Sitzmöbel) hinzu. Viele Studien zeigen inzwischen, dass neben den grundlegenden technischen Voraussetzungen (zum Beispiel funktionierende Hard- und Software, ausreichende Bedienkenntnisse) vor allem Soft-Skills wie Vertrauen und Kommunikation im Team die entscheidenden „Match-Winner“ sind: Gerade wenn man sich selten sieht, muss die Führungskraft immer wieder neue, attraktive und möglichst motivierende Gelegenheiten schaffen, im Team konstruktiv über Arbeitsaufgaben und -prozesse zu sprechen. Im Präsenz-Alltag kann die Führungskraft sich darauf verlassen, dass sie die Kollegen und Kolleginnen im Laufe des Tages sehen wird, im mobilen Alltag muss sie den Kontakt aktiv herstellen. Das

Dr. MARIA BELLINGER, Referat 106-9, Zentrale Berlin

Die Kolumne wird vom Gesundheitsdienst verantwortet. Anregungen und Kritik der Leserinnen und Leser werden gerne angenommen!

Anzeige



V O L V O

Unser erstes vollelektrisches Crossover.

Der neue Volvo C40 Recharge Pure Electric.

Entdecken Sie unsere besonders respektvolle und nachhaltige Interpretation von Luxus: den ersten Volvo mit zu 100 % lederfreiem Innenraum. Dank integrierter Google Services ist er jederzeit bestens vernetzt. Er begeistert mit 300 kW/408 PS Leistung, Allradantrieb und mehr als 400 km¹ Reichweite – ganz ohne Emissionen.

Besuchen Sie uns für eine Probefahrt.

¹ Reichweite gemäß WLTP-Testzyklus, kann unter realen Bedingungen variieren. Mit Gleichstrom-Schnellladung bis zu 150 kW unter optimalen Ladebedingungen in rund 33 Minuten von 10 % auf bis zu 80 % aufgeladen.

Unsere Außenpolitik soll feministisch werden!

Aber: Was ist eigentlich feministische Außenpolitik? Gibt es konkrete Beispiele? Was genau müssen wir an unserer alltäglichen Arbeit verändern, damit sie „feministisch“ wird?

Um diese und weitere Fragen zu beantworten, wurde zu diesem EVT die neue Arbeitseinheit „Feministische Außenpolitik“ geschaffen. Das unter OR06-9 laufende Team hat zur Aufgabe, dieses bislang primär vom Planungsstab verfolgte Thema zu operationalisieren und zu mainstreamen.

Wie Außenministerin Annalena Baerbock bei der im AA ausgerichteten Konferenz „Shaping Feminist Foreign Policy“ am 12. September betonte, geht es um „eine Politik, die die Belange und die

Ziel ist, dass alle Mitarbeitenden, jede Arbeitseinheit und Auslandsvertretung, sich selbstkritisch hinterfragen, ob unser Handeln eventuell bestimmte Gruppen übersieht oder gar benachteiligt. Wir wollen die Anliegen von Frauen in den Fokus unseres Handelns rücken und ihre Stimmen stärken.

Denn – und das ist empirisch belegt – Gesellschaften, in denen Frauen gleichberechtigt mitwirken, sind sicherer, friedlicher, wirtschaftlich dynamischer und kulturell einflussreicher.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einen klaren Arbeitsauftrag formuliert: „Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer *Feminist Foreign Policy* Rechte, Ressourcen und

Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern. Wir wollen mehr Frauen in internationale Führungspositionen entsenden, den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 ambitioniert umsetzen und weiterentwickeln.“

Vor uns haben sich bereits Schweden, Kanada, Luxemburg, Frankreich, Mexiko, Spanien, Chile und die Niederlande zu feministischen Außenpolitiken verpflichtet. Mit diesen Partnern wollen wir eng zusammenarbeiten und weitere Staaten von einer feministischen Außenpolitik überzeugen.

Zur Umsetzung dieses ambitionierten Projektes werden wir Leitlinien zur feministischen Außenpolitik erstellen. Diese Leitlinien sollen klare Prinzipien und Ziele formulieren und so operativ und pragmatisch wie möglich gestaltet werden. Sie sollen im Einklang mit der Nationalen Sicherheitsstrategie stehen und auch ehrlich und realistisch offenlegen, in welchen

Spannungsverhältnissen diese zu außenpolitischen Realitäten stehen, und welche Dilemmata zu bewältigen sind – als Teil einer von Werten und Interessen geleiteten Politik unter Bedingungen des globalen Systemwettbewerbs. Wir wollen ausbuchstabieren, wie konkret wir die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken, sie mit den notwendigen Ressourcen ausstatten und ihre Repräsentation sicherstellen können.

Inklusivität ist Kernbestandteil feministischer Außenpolitik. In diesem Sinne bauen wir darauf, dass sich alle Kollegen und Kolleginnen in den Prozess einbringen, damit sich jede/r von uns in den zum nächsten Frauentag, den 8. März 2023, zu veröffentlichen Leitlinien wiederfindet und diese mit Leben füllt.

► CLAUDIA BEATRICE BRINKMANN, OR06-9, Zentrale Berlin



Sicherheit aller Menschen in den Blick nimmt – mit all ihren Perspektiven und ganz eigenen Verletzbarkeiten. Eine Politik, die anerkennt, dass wir auf dieser Welt immer noch weit davon entfernt sind, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Freiheiten genießen. Eine Politik, die sieht, dass wir uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir einen Großteil der Bevölkerung nicht gleichwertig teilhaben lassen.“

Die Ministerin unterstrich zugleich, dass feministische Außenpolitik eben nicht im Widerspruch zu unserer Sicherheitspolitik steht, sondern ein integraler Teil davon werden muss: „Es geht um die richtige Balance unserer Instrumente. Diplomatie, Aufklärung, konkrete Hilfe für die Opfer und militärische Unterstützung – das schließt einander nicht aus, sondern all dies ist Teil einer umfassenden Außen- und Sicherheitspolitik.“

Raus aus der „Rosa-Hellblau-Falle“

1918 schrieb das US-amerikanische Frauenmagazin „Ladie’s Home Journal“: „Die allgemein akzeptierte Regel ist Rosa für Jungen und Blau für die Mädchen. Der Grund dafür ist, dass Rosa als eine entschlossener und kräftigere Farbe besser zu Jungen passt, während Blau, weil es delikater und anmutiger ist, bei Mädchen hübscher aussieht.“ Und wie Heike Toledo, Leiterin der ZfA, während einer Podiumsdiskussion im Weltsaal am Tag der offenen Tür anmerkte, gilt diese Regel in Polen noch heute – während sie sich in Deutschland in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Im Rahmen dieser Podiumsdiskussion, an der auch Daniela Schlegel, Personalbeauftragte des AA, und Miguel Diaz, Leiter der Servicestelle der Initiative Klischeefrei, teilnahmen, wurde deutlich, wie präsent, aber vor allem auch, wie willkürlich Geschlechterstereotypen sind. Aus diesem Grund ist das AA am 21. August 2022 als sechstes Bundesministerium offiziell der Initiative Klischeefrei beigetreten, die sich unter Schirmherrschaft von Elke Büdenbender für eine Ausbildungs-, Studien- und Berufswahl jenseits von Geschlechterklischees einsetzt.

Denn noch immer beeinflussen Geschlechterklischees diese Wahl erheblich.

Dies spiegelt sich auch im AA wieder: Den 120 ausschließlich männlichen Hausmeistern stehen ganz überwiegend weiblich besetzte Vorzimmer und Sekretariate gegenüber. Unter den Sachbearbeiterinnen dominieren Frauen, in der IT hingegen Männer. Um dieses Muster aufzubrechen, wird das AA mit der Initiative Klischeefrei weiterhin daran arbeiten, langfristig in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen Geschlechterparität zu erreichen.

Der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung ist jedoch nur ein – wenn auch wichtiges – Mosaiksteinchen im Engagement des AA für Diversität, Teilhabe und Inklusion. Um dieses Engagement zukünftig noch weiter ausbauen zu können, wurde zum EVT diesen Jahres in Abteilung 1 ein neues Referat gegründet: 1-GuD. Hinter dem Kürzel verbirgt sich der Titel „Geschlechtergerechtigkeit und Diversität“. Das neue Referat wird künftig für zwei große Themenbereiche zuständig sein, die sich in weiten Teilen überschneiden: Antidiskriminierung und Diversitätsförderung.

Ersteres umfasst sowohl Prävention als auch Sanktionierung: Neben der Konzeption von Maßnahmen und Instrumenten, um Diskriminierungen, sexueller Belästigung und Mobbing entgegenzuwirken, ist das Referat auch zuständig für Beschwerden von Beschäftigten, die sich im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten aus Gründen der ethnischen Herkunft,

des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität genannten Grundes benachteiligt fühlen.

Der zweite Aufgabenpfeiler – Diversitätsförderung – hat eine etwas andere Zielsetzung: Aufgabe wird sein, die bereits vorhandenen vielfältigen Ansätze zur (auch intersektionalen) Diversitätsför-



derung im AA zu einem modernen, umfassenden Diversitätsmanagement auszubauen, das systematisch alle Stadien der Personalgewinnung und Personalentwicklung, das heißt Strukturen und Prozesse, in den Blick nimmt, um echte Chancengleichheit sicherzustellen.

Damit setzt das AA zugleich die Vorgaben des Koalitionsvertrages um, der nicht nur Gender Budgeting, Förderung der Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte, Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, Verbesserung der Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen und Barrierefreiheit vorgibt, sondern ganz grundsätzlich einfordert: „Der Staat muss bei Vielfalt [...] Vorbild sein.“

Dies gilt 2022 mehr denn je: Laut Almut Schneering, Autorin des Buchs „Die Rosa-Hellblau-Falle“ nimmt die geschlechtliche Zuordnung von Spielzeug, von Interessen und Verhaltensweisen seit 10 Jahren wieder zu. Im Gegensatz zum Dachverband der spanischen Spielzeughersteller, der sich im Juni dieses Jahres gegenüber der Regierung zu Regeln gegen geschlechtsspezifische Spielzeugwerbung verpflichtet hat, kann das AA nur sehr bedingt auf gesellschaftliche Prozesse Einfluss nehmen. Das soll uns allerdings nicht daran hindern, im eigenen Haus zu wirken und den Wandel innerhalb der öffentlichen Verwaltung mit voranzubringen.

► Ihr Referat 1-GuD – Geschlechtergerechtigkeit und Diversität, Zentrale Berlin



Leserzuschrift zu Ausgabe 7/2022 Beitrag „Villa Borsig“

In der Juli-Ausgabe fiel mir auf, dass der geschlechtergerechte Sprachgebrauch weitgehend der traditionellen Handhabung entsprach – „Kolleginnen und Kollegen“ und so weiter. Etwas behäbig zu lesen, aber nicht zu beanstanden.

Was allerdings auf Seite 27 im letzten Absatz stand, dürfte als ein Beispiel dafür dienen, wie man nicht gendern sollte: „Auch die Akademie ist eine gern gesehene Gästin“ steht dort.

Seit wann werden unbelebte Objekte gendert? Und kennt sie das Wort „Gästin“, die deutsche Sprache? Wollte man sie entlang

Leserzuschrift zu Ausgabe 7/2022 „Strategische Kommunikation“

Sehr geehrte Damen und Herren, der Beitrag in **internAA** 7/2022 Seite 33 „Strategische Kommunikation“ wirft meines Erachtens verschiedene Fragen auf und bedarf in mehrerlei Hinsicht für das Verständnis genauerer Erläuterungen.

Falls ich die Absicht richtig verstehe, soll mit staatlicher deutscher Hilfe die Meinung in anderen Ländern richtig gestellt oder

Leserzuschrift zu Ausgabe 7/2022

Beitrag „Das Informationssicherheitsmanagement des AA stellt sich vor“

Liebes **internAA**-Team, in dem oben aufgeführten Beitrag erscheint der Ausdruck „KuK“, der für Kolleginnen und Kollegen stehen soll. Diese Begriffsschöpfung ist wohl eine Ausdrucksform des Verfassers und hat sich vermutlich noch nicht in die Sprechweise des Auswärtigen Amtes eingeschlichen hat. Wird „KuK“ eigentlich als ein Wort ausgesprochen, oder wird jeder einzelne Buchstabe betont? K.u.K. gab es einmal, wenn auch regional eingegrenzt.

Der Sinn dieser Wortschöpfung ist nicht von der Hand zu weisen, da dadurch Gendersternchen und andere Hilfsmittel zur Darstellung der Gendersprache wegfallen.

Eine Modifizierung des Ausdrucks „KuK“ ist aber notwendig, denn es könnte Kanzler und Kanzlerin, oder Kunde und Kundin bedeuten. Viel schlimmer wäre es bei Antragsteller und Antragstellerin. In diesem Falle „AuA“. Und das tut weh.

► PAUL OTTO ZERBE, Oberstenfeld

der dahinterstehenden Motivation weiterentwickeln, wären für solche Neologismen eher Lebewesen geeignet, zumal diese bekanntlich Rechte und Empfindungen haben, auf die man ebenfalls vermehrt Rücksicht nehmen sollte. Wer – wie zum Beispiel Prinz Charles – mit Pflanzen spricht, kann Eichen et cetera als „Bäumlein“ adressieren statt als Baum, für Tierfreunde bieten sich „Vogelin“, „Fischin“ und allgemein bei Viehzeug weiblichen Geschlechts „Tierin“ an (na gut, bei letzterem ist das Ursprungswort sowieso ein Neutrum). Klingt gut, nicht? Klingt gut – nicht.

► THOMAS SCHOLL, Berlin

Anm. d. Red.: Das Wort „Gästin“ ist laut Duden Teil der deutschen Sprache.

beeinflusst werden. Wenn dem so ist, halte ich das Vorhaben bezüglich vieler Länder dieser Welt außerhalb der westlichen für wenig fruchtbar, da man dort über die Weltpolitik einschließlich des fast ständig im Kriegsmodus befindlichen Westens nach meinen Erfahrungen besser objektiv informiert ist als von uns angenommen. Dies gilt besonders für die vermutlich anzusprechende Zielgruppe.

Mit freundlichen Grüßen

► GEBHARD PFEIFFER, Sankt Augustin



Mitglied werden, Mithelfen, Mitgestalten – Die Familien- und Partnerorganisation im Auswärtigen Amt e. V.

Der FFD ist ein eigenständiger Verein, der sich im In- und Ausland für die Belange mitausreisender und nicht mitausreisender (MaP) Partnerinnen und Partner, aktiver und ehemaliger Beschäftigter und ihrer Familien einsetzt. Die Mitgliedschaft* ist kostenlos, aber niemals umsonst!

Kontaktieren Sie uns, wenn Sie mehr über unser Angebot und Möglichkeiten für Ihr Engagement wissen möchten:

Telefon 030 5000 48 64
ffd-berlin@auswaertiges-amt.de
www.ffd-im-aa.de



*Mitglied kann jeder und jede werden, der oder die im Auswärtigen Amt beschäftigt ist oder war oder eine familiäre Bindung zu einem/einer im Auswärtigen Amt Beschäftigten hat oder hatte.



Referat 102 informiert: Abkommen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Partnerinnen und Partnern mit der Republik Burkina Faso unterzeichnet

Am 2. August 2022 wurde das Abkommen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Partnerinnen und Partnern mit der Republik Burkina Faso unterzeichnet. Das von Botschafter Andreas Pfaffernoschke und der burkinischen Außenministerin Olivia Ragnaghnewendé Rouamba unterzeichnete Erwerbstätigkeitsabkommen ist am Tag der Unterzeichnung in Kraft getreten.

Die Republik Burkina Faso ist der 52. Staat, mit dem wir durch eine entsprechende bilaterale Vereinbarung die Voraussetzungen für eine Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen unserer Kolleginnen und Kollegen schaffen konnten.

Weitere Informationen finden Sie auf der Intranetseite von Referat 102.



Liebe Leserinnen und Leser, wir freuen uns über Ihre Post an 102-internaa@diplo.de. Bitte vermerken Sie es, wenn Sie mit einer Veröffentlichung als Leserbrief unter Nennung Ihres Namens und Ihres Wohnortes einverstanden sind.

Für den Inhalt sind Sie als Einsender verantwortlich; die Redaktion behält sich Auswahl, Kürzung und redaktionelle Bearbeitung vor.

Gekürzte Leserbriefe können Sie in voller Länge auf unserer Intranetseite aufrufen oder – wenn Sie keinen Zugriff auf das AA-Intranet haben – per E-Mail an 102-S@diplo.de anfordern.

► Ihre Redaktion

THEMENVORSCHAU

November [Alumni-/Alumnae-Arbeit](#)

Dezember [Inklusion](#)

Januar [G7-Präsidentschaft](#)

Wenn Sie **internAA**-Ausgaben später noch einmal lesen möchten, finden Sie diese in elektronischer Form auf der Intranetseite von Referat 102.

► Ihre Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber: Auswärtiges Amt ViSdP: Anke Popper, HR 3231 **Redaktion:** Natascha Senftleben, HR 3250; Wolfgang Fischer; Birgit Klann, HR 4835; Myrta Köhler; Martin Kröger, HR 3298; Martin Tauchnitz; Frank Ponath, HR 2503; Peter Reik; Bärbel Helmreich, HR 4867

Redaktionelle Mitarbeit: Silvia Jahn; Angelika Götze **Schlussredaktion:** Myrta Köhler; Martin Tauchnitz, mt.3@gmx.de

internAA ist eine Zeitschrift von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kontakt: 102-internaa@auswaertiges-amt.de

Gestaltung | Herstellungskoordination: Büro für grafische Angelegenheiten, www.b-f-g-a.de **Anzeigen:** Martin Döbele, HR 3108

Fotonachweis: Auswärtiges Amt, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Picture Alliance, Photocase, colourbox, Photothek, dpa, S. 4: KATAPULT-Magazin, 4. Umschlagseite: Bernd March

Druck: druckhaus köthen, 100 Prozent Recyclingpapier **Auflage:** 11 400

Nachdruck und Vervielfältigung – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die offizielle Meinung der Redaktion oder des Auswärtigen Amtes wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf redaktionelle Änderungen und Kürzungen vor.

Beiträge per E-Mail (Word-Datei) an: 102-internaa@auswaertiges-amt.de Auswärtiges Amt, Referat 102 – Büro **internAA**, Werderscher Markt, 10117 Berlin
Die nächsten Ausgaben erscheinen am 1. November und 1. Dezember 2022. Redaktionsschluss: 10. September und 10. Oktober 2022



